1934 Nr. 2. 15. Januar 1934. Als Manuskript gedruckt.

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Die polnisch-englische Kohlenkonkurrenz.

Wie bereits früher (1933, Nr. 7/8, S. 35 *) berichtet worden ist, hat sich in der letzten Zeit der polnisch-englische Konkurrenzkampf um den Kohlenabsatz von Skandinavien auf die südeuropäischen Märkte verlagert. Dazu berichtete kürzlich die polnische Presse, — übrigens öfters recht triumphierend („J. K. C." Nr. 360, 30. 12. 1933) — daß jetzt die polnische Kohle sogar in die englischen Gebiete einzudringen beginne. Welche Erregung aber diese „polnische Invasion" (vor allem ein erster Transport polnischer Kohle nach Gibraltar!) in England hervorgerufen hat, erhellt aus verschiedenen polnischen Pressestimmen (z. B. „Gazeta Polska" Nr. 348, 17. 12. 1933), darunter einem „Londoner Brief" der „Polonia" (Kattowitz), der im Anschluß an die Interpellation im englischen Unterhause u. a. darauf hinweist, daß das darin geforderte Verbot der Einfuhr ausländischer Kohle nach englischen Besitzungen mit der — ausschließlich durch den niedrigen Lebensstandard des polnischen Arbeiters und die Verlusttarife der polnischen Staatsbahnen ermöglichten — Dumpingpolitik des polnischen Kohlenbergbaues begründet worden sei und dringend empfiehlt, gerade England gegenüber ein gesundes Kompromiß zu erstreben und jede überflüssige Reizung zu unterlassen.

„Zweifellos besitzen wir heute jedes Recht — sind sogar gezwungen — zum Kampf um die Beherrschung der ausländischen Absatzmärkte. Der Konkurrenzkampf . . . kennt keinerlei Sentimentalität. Wenn es um die Existenz der Gesamtheit, in der gegebenen Lage um die Existenz der polnischen Bergleute geht, müssen wir . . . kämpfen! Es geht nur um die Methoden dieses Kampfes. Es geht darum, ob wir, wenn wir unsere Beziehungen zu Großbritannien auf Messerschneide stellen, nicht einen Fehler begehen?

In lebendigem Realismus erzogen, nehmen die Engländer eher als irgendein anderes Volk den Kampf auf. Wirtschaftsduelle mit England sind keineswegs angenehm. Mit dem kaufmännischen England kommen wir eher ins reine, wenn wir — bei der uns interessierenden Frage des „Platzes an der Sonne" auf den in der englischen Interessensphäre liegenden Auslandsmärkten — am Vorabend . . . englisch-polnischer Verhandlungen über einen neuen Vertrag zwischen Polen und Großbritannien Wege zu einem Kompromiß suchen." („Polonia" Nr. 3305, 20. 12. 1933.)

Wesentlich zuversichtlicher über den Ausgang des Konkurrenzkampfes ist ein Aufsatz des „Kurjer Poranny", in dem Dr. F. (Fall?) angesichts dieser Entrüstung Englands über diesen Transport polnischer Kohle nach Gibraltar ausführt:

„Es ist dies nicht der erste Fall, daß die polnische Kohle einen bisher von der englischen Kohle beherrschten Markt betritt — überdies handelt es sich hierbei nicht um besonders erhebliche Mengen. Weshalb ist in diesem Falle die Erregung der englischen Öffentlichkeit . . . größer als gewöhnlich? Die Erregung ist so groß, daß wahrscheinlich in Cardiff . . . der Beschluß gefaßt worden ist, diejenigen britischen Firmen, die polnische Kohle kaufen, auf eine schwarze Liste zu setzen, ferner eine Gruppe von Abgeordneten aus Wales in dieser Angelegenheit sogar eine Anfrage im Parlament einbringen soll, in der . . . die unverzügliche Einführung eines Verbots der Einfuhr ausländischer Kohle nach englischen Besitzungen bzw. . . . einer Abgabe auf Konkurrenzkohle in Höhe der Hilfe, die sie in ihrem Ursprungslande erhält, gefordert werden soll.

Die nach Gibraltar gelieferte Menge polnischer Kohle ist relativ viel zu gering, als daß sie die Exportinteressen der englischen Kohlenindustrie ernsthafter bedrohen und die scharfe Reaktion der englischen Öffentlichkeit und der Industriellen auf diese . . . neue Expansion der polnischen Kohle zur Genüge erklären könnte. Zweifellos der wichtigste Grund dieser scharfen Reaktion ist der verletzte englische Stolz, der sich nicht mit der Tatsache abfinden kann, daß die polnische Kohle gar anfängt, schon fast auf den „Hof" der englischen Kohlenindustrie einzudringen. Aber außer dieser, psychologisch durchaus verständlichen Reaktion des verletzten britischen Stolzes steckt in dieser Erregung wohl auch einiges Gefühl der eigenen Schuld, das sich seinen Auslaß sucht in Stimmen der Entrüstung, die umso lauter sind, je weniger Berechtigung sie haben."

Die konservative „Morning Post" habe allein zugegeben, daß die neuen Expansionsbestrebungen der polnischen Kohle diktiert worden seien durch Englands neue Handelsverträge mit den skandinavischen Staaten, die Polen diese Märkte geraubt hätten.

„Solange Polens Kohlenindustrie die Möglichkeit besaß, durch eine zwar scharfe, jedoch loyale Handelskonkurrenz einen ihren Bedürfnissen und Lebensnotwendigkeiten entsprechenden Anteil am Kohlenimport auf den nächstliegenden skandinavischen Märkten — die heute . . . gewissermaßen schon der natürliche Absatzmarkt der polnischen Kohle geworden waren — zu erlangen, hat sie sich nicht auf die entfernten und bei dem heutigen Stande unserer Schiffahrt wenig verlockenden Mittelmeer- und östlichen Märkte gedrängt. Aber Polens Kohlenindustrie besitzt hohe Lebensfähigkeit, und der polnische Arbeiter hat das gleiche Recht auf Leben, Arbeit und Erwerb wie der englische Arbeiter. Kein Wunder also, daß mit dem Augenblick, wo es der englischen Kohlenindustrie gelang, ihre Regierung zu bewegen, ihr durch die diesen Ländern aufgezwungenen Handelsverträge einen ungeheuren Anteil an der Deckung ihres Kohlenbedarfs . . . zu garantieren und auf eine Weise, die vom Standpunkt loyaler Handelskonkurrenz nicht unbedingt die Bezeichnung „fair play" verdient, die polnische Kohle von ihren, mit schweren Mühen und vielen Opfern eroberten Märkten zu verdrängen, Polens Kohlenindustrie auf anderen, vom händlerischen Gesichtspunkt vielleicht weniger ergiebigen, für den britischen Stolz aber umso empfindlicheren Märkten Ersatz suchen mußte. Und daher hat die Tatsache, daß es im November den polnischen Gruben gelungen ist, die Ausfuhr nach Irland von 40 485 auf 71 100 to zu steigern, weiter 8 540 to nach Gibraltar, 6 680 to nach Ägypten und 3 520 to sogar nach dem Fernen Osten zu versenden — obwohl es sich hier nicht um besonders große Mengen handelt — ihre eigene und nachdrückliche Beredsamkeit.

Wir geben ehrlich zu, wir haben durchaus nicht den Ehrgeiz, im Konkurrenzkampf mit der englischen Kohle (äußerlich) eindrucksvolle Erfolge zu erzielen. Wir würden entschieden lieber sehen, daß die polnische Kohlenindustrie mit der englischen zu einer Verständigung kommen und sich ohne den

überflüssigen und für beide Teile vernichtenden Konkurrenzkampf einen entsprechenden Anteil am Weltmarkt sichern könnte. Aber wir wissen auch, die polnische Kohlenindustrie trägt keinerlei Schuld daran, daß es bisher nicht zu dieser Verständigung gekommen ist und weiterhin nicht kommen kann, da sie mehrfach die Hand zur Versöhnung geboten hat, die Mehrheit der englischen Kohlenindustriellen jedoch, zumal die unversöhnlichen schottischen Industriellen, diese ständig zurückweist. Bisher bereitet ihnen dieser Widerstand nur unangenehme Enttäuschungen; der beste Beweis dafür ist, daß trotz . . . der Handelsverträge mit den skandinavischen Staaten, die den britischen Gruben von dem gesamten Kohlenimport nach Schweden 48 %, Norwegen 70 %, Finnland 75 % und Dänemark 80 % garantieren, der Kohlenexport aus Polen in den 11 Monaten dieses Jahres 8 719 809 to gegenüber 9 412 171 to im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen, also trotz der Anwendung so radikaler Offensivmittel durch die englische Kohlenindustrie sich nur um 692 362 to vermindert hat.

Diese Tatsache stellt der Energie und Unternehmungslust unserer Kolenindustrie ein gutes Zeugnis aus, bietet gleichzeitig die Garantie, daß der polnische Kohlenexport, der einer der Träger der Aktivität unserer Handelsbilanz ist, auch ferner unbekümmert um . . . die Entrüstung dieser oder jener . . . englischen Kohlenindustriellen auf seinem bisherigen Niveau erhalten bleiben wird.

Hegen wir die Hoffnung, daß schließlich diese Tatsache die englischen Kohlenindustriellen wird davon überzeugen können, daß ihre Drohungen, „Polens Kohlenindustrie muß auf beide Schultern gelegt werden," leere Prahlereien geblieben sind, und sie einsehen läßt, daß, wie einer der bedeutendsten englischen Industriellen, Mr. Archer, erklärte, „auch Polen das Recht hat einigen Platz unter der Sonne einzunehmen." Wir würden uns sehr freuen, wenn als Ergebnis der „polnischen Invasion auf einen rein englischen Markt", nach Gibraltar, die eigensinnigen Kollegen des Herrn Archer seine Ansicht teilen und Bereitwilligkeit zeigen würden, eine polnisch-englische Kohlenverständigung abzuschließen, die sowohl die Kohlenindustrie als auch die ganze öffentliche Meinung Polens, die . . . die besten Beziehungen zu Großbritannien wünscht, mit ehrlicher Befriedigung und größter Freude begrüßen wird." („Kurjer Poranny" Nr. 358, 29. 12. 1933.)

Mit der Frage der englisch-polnischen Kohlenkonkurrenz beschäftigte sich kürzlich auch ein anderer Zeitungsaufsatz, der über die Gefahren für die polnische Kohle auf den baltischen Absatzmärkten ungefähr folgendes ausführte:

Seit dem Pfundsturz im Jahre 1931 habe England sehr erfolgreiche Bemühungen zur Wiedererlangung der von Polen eroberten Ostseemärkte unternommen. Vor allem habe es die gegenüber Polen stets aktive Handelsbilanz dieser Staaten (Finnland, Lettland, Estland) ausgenutzt, um sich in den kürzlich mit ihnen neu abgeschlossenen Handelsverträgen als Gegenwert für die Aufnahme ihrer grundlegenden Ausfuhrgüter (Holz, Papier, Butter, Flachs) das Recht zur Deckung ihres Kohlenbedarfs bis zu 80 % zu sichern.

Nach Finnland, dessen Jahresbedarf an Kohle rund 1 000 000 to betrage, habe Polen in den Jahren 1927—1931 rund 700 000 to jährlich geliefert, infolge der englischen Gegenaktion aber sei in den letzten beiden Jahren der Absatz Polens auf 350—400 000 to jährlich zurückgegangen. In dem englisch-finnischen Handelsvertrag vom August 1933 habe sich England 75 % der finnischen Kohleneinfuhr gesichert, dazu bestände die Gefahr, daß von den restlichen 25 % — von denen Deutschland rund 100 000 to übernommen habe — noch weitere Lieferungen an England vergeben werden würden.

„Die Erhöhung unserer Zollsätze am 11. 10. d. Js., sowie die Nichtgewährung von Einfuhrbewilligungen für finnische Erzeugnisse, besonders für Papierwaren, nach Polen schufen ebenfalls keine Atmosphäre, die Finnland zu Erleichterungen für die Einfuhr unserer Kohle hätte veranlassen können. Man muß diesen Absatzmarkt unserer Kohle mindestens im Rahmen der restlichen 25 % — das wären 225—250 000 to jährlich — retten und dafür einen Gegenwert in Gestalt eines Einfuhrkontingents für Papier zu günstigem Zoll gewähren. Auch dann noch würde sich das Verhältnis des Exports aus Polen zum Import auf 1 : 4 zu unseren Gunsten stellen. Andernfalls wird von den restlichen 25 % des finnischen Kohlenimports einen Teil Deutschland übernehmen, ein Teil auf Rechnung des erhöhten Kontingents der englischen Kohle gehen; uns aber werden nach sieben Jahren des Kampfes um die Festigung des Absatzes zufällige und unsichere Mengen bleiben."

Lettland sei zwar auf Grund seiner Lage der erste und natürliche Absatzmarkt für die seewärts ausgeführte Kohle Polens, könne aber Polen dafür keinen entsprechenden Gegenwert liefern. Daher habe sich Polen 1933 damit begnügen müssen, von dem lettischen Jahresbedarf (rund 450 000 to) 100 000 to zu liefern, während England als Gegenwert für die Übernahme der entscheidenden Ausfuhrgüter Lettlands (Holz und Butter) 80 % des lettischen Kohlenbedarfs gedeckt habe.

In Estland habe Polen 1933 trotz der schweren englischen Konkurrenz auf Grund eines Kompensationsvertrages immerhin 40 000 to Kohle absetzen können. Für das kommende Jahr sei allerdings ein solcher Kompensationsvertrag noch nicht geschlossen worden.

Der Aufsatz schließt mit folgender Forderung:

„Wenn die Festigung unserer Handelsbeziehungen zu den baltischen Staaten in unserem Programm liegt, wenn wir die baltischen Märkte für unseren Kohlenexport erhalten wollen, müssen wir uns zu gewissen Opfern aufraffen und Genehmigungen zur Einfuhr bestimmter Produkte dieser Länder zu günstigen Zollbedingungen nach Polen gewähren.

Ein Verlust der baltischen Märkte für die polnische Kohle würde auch einen Verlust politischen Prestiges auf diesem Abschnitt bedeuten . . . Bedenken wir das, so sind wir der Ansicht, daß das Problem des Warenaustausches zwischen Polen und den baltischen Ländern nicht auf rein ökonomischer Ebene, sondern eher auf politisch-ökonomischer Linie entschieden werden kann. Denn haben wir erst einmal diese Märkte, auf denen sich unsere Kohle so gut eingeführt hat, verloren, so wird es uns nicht leicht fallen, die Märkte wiederzugewinnen. Die Opfer aber, die wir dann auf uns nehmen müssen, werden in keinem Verhältnis zu den eventuellen gegenwärtigen Kompensationen . . . zur Erhaltung dieser Märkte für unseren Kohlenexport stehen.

Die Verdrängung aus den baltischen Ländern würde uns künftig eines Trumpfes bei Verhandlungen mit England über eine eventuelle Verteilung der europäischen Exportmärkte berauben; wir müssen also mit allen Kräften bemüht sein, unsere nächsten und natürlichen Märkte an der Ostsee zu bewahren."

[„Codzienna Gazeta Handlowa" Nr. 290, 20. 12. 1933.]

Die Gestaltung des polnischen Außenhandels.

In der amtlichen Wirtschaftszeitschrift Polens führt ein Aufsatz über „Die Wandlungen des polnischen Außenhandels" nach einem kurzen Vergleich der Zahlungsbilanzen Polens und Deutschlands in den Jahren 1929 und 1931 (Ergebnis: die Zahlungsbilanz beider Länder sei, in verschiedenem Umfange, geborgt-aktiv!) ungefähr folgendes aus:

Was in der Zeit der Wirtschaftskrise von sämtlichen Ländern erstrebt werde — zur Entlastung ihrer Zahlungsbilanz die Handelsbilanz durch Steigerung des Exports und gleichzeitige Drosselung des Imports zu aktivisieren! — müsse auch das Ziel der polnischen Handelspolitik sein. Polen könne sich eine passive Handelsbilanz für längere Zeit umso weniger erlauben, da es weder über größere Reserven (Kapitalanlagen im Auslande) wie die Länder Westeuropas verfüge, noch auch als Transit- oder Reiseverkehr nennenswerte Einkünfte erziele.

„Eine in Polen längere Zeit anhaltende passive Handelsbilanz kann unter unseren Bedingungen zur Verarmung des Landes führen."

Nach dieser Einleitung sollen zwei sehr ausführliche Tabellen über die Verteilung der polnischen Ein- und Ausfuhr in den Jah-

ren 1923—1933 (wertmäßig) auf die einzelnen Warengruppen: Tiere, Lebens- und Genußmittel, Rohstoffe und Halbfabrikate, Fertigfabrikate zeigen, wie bei der Einfuhr der Anteil der Fertigfabrikate (durchschnittlich über 40 %) überwogen habe, dagegen bei der Ausfuhr Rohstoffe und Halbfabrikate (ca. 50 %), danach Lebens- und Genußmittel (25—30 %) entscheidend gewesen seien. Immerhin seien gewisse Verschiebungen als Folge der Importrestriktionen, aber auch der fortschreitenden Industrialisierung Polens unverkennbar.

Die Richtigkeit dieser Feststellung zeigt sich deutlich, wenn wir aus den Tabellen z. B. die Zahlen für das Jahr 1929, das letzte Jahr der Hochkonjunktur, den Zahlen für das Jahr 1933 gegenüberstellen (wobei gleichzeitig die gewaltige Schrumpfung des polnischen Außenhandels sichtbar wird):

Einfuhr	1929		1933 (11 Monate)	
1. Lebende Tiere	4 935 000	0,2 %	601 000	0,1 %
2. Lebens- u. Genußmittel	379 977 000	12,2 %	108 660 000	13,8 %
3. Rohstoffe u. Halbfabrikate	1 299 755 000	41,8 %	341 670 000	43,4 %
4. Fertigfabrikate	1 426 151 000	45,8 %	333 489 000	42,5 %
5. übrige	164 000	—	—	—
	3 110 982 000		784 420 000	

Ausfuhr	1929		1933 (11 Monate)	
1. Lebende Tiere	224 977 000	7,7 %	35 959 000	3,6 %
2. Lebens- u. Genußmittel	715 418 000	25,4 %	289 484 000	29,2 %
3. Rohstoffe u. Halbfabrikate	1 321 135 000	47,0 %	452 946 000	45,7 %
4. Fertigfabrikate	550 586 000	19,6 %	212 417 000	21,5 %
5. übrige	1 244 000	—	36 000	—
	2 813 360 000		980 842 000	

Nach Erwähnung der Schwierigkeiten einer Analyse dieser an unvorhergesehenen Zwischenfällen (z. B. Inflation, deutsch-polnischer Zollkrieg) recht reichen Entwicklung verweist der Aufsatz noch auf die steigende Bedeutung, die seit 1928—1929 die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse — bei gleichzeitigem Sinken ihrer Einfuhr — gewonnen habe, und zwar als Ergebnis des fortdauernd gesteigerten Agrarprotektionismus' (Einführung der Prohibitionszölle für die Getreide-Einfuhr 1928—1929, der Zollrückerstattungen für die Getreide- und Baconausfuhr 1929). Danach wird hinsichtlich der Richtungen des polnischen Außenhandels festgestellt:

Der Außenhandel konzentriere sich nach wie vor auf die europäischen Länder, die von der polnischen Ausfuhr 1927 97,5 %, 1933 (10 Monate) 92,3 % übernommen, bei der Einfuhr 78,9 % bzw. 69,9 % geliefert hätten.

Erfreulicherweise sei eine gewisse Steigerung der Umsätze mit den außereuropäischen Ländern zu verzeichnen, zu bedauern sei aber, daß die fremde Vermittlung — als Folge der (näher berührten!) Unterlassungssünden früherer Jahrhunderte — immer noch recht stark sei. Besonders ungünstig wirke sie sich bei dem Import nach Polen aus, da in den überseeischen Ländern die Devisenzuteilung von der Höhe des Exports nach dem betreffenden Lande abhängig gemacht werde. Auf diese Weise erhalte Polen z. B. von Argentinien ganz unzulängliche Devisenquoten, da der Hauptteil seines Imports den deutschen Vermittlern gutgeschrieben werde. Dadurch erklärten sich auch die unablässigen Bemühungen des polnischen Handelsministeriums, mindestens die Abrechnung mit den Lieferanten in Übersee direkt zu organisieren, wenn schon bei der Warentransaktion selbst der fremde Vermittler nicht so plötzlich ausgeschaltet werden könne.

Beigefügt ist eine Tabelle der Salden des polnischen Warenaustausches mit den einzelnen Erdteilen in den Jahren 1927—1933, aus der deutlich hervorgeht, daß in dieser Zeit Polen einen Aktivsaldo nur im Handel mit den Ländern Europas erzielt habe. Um diesen gefährlichen Zustand zu beenden, sei das Handelsministerium seit 1932 bemüht, den Warenverkehr mit diesen Ländern auf die Grundlage des Kompensationsgeschäfts zu stellen, wobei der Aufbau des Handelsapparats der Privatwirtschaft übertragen worden sei.

Während nun die Ausschaltung der fremden Vermittlung beim Handel einen finanzkräftigen Kaufmannsstand erfordere, in Polen also nur sehr langsam erfolgen könne, sei die Ausschaltung bei dem Transport der Waren durch den Besitz eigener Häfen bedeutend erleichtert. Besonders erfolgreich sei das Jahr 1932 gewesen, in dem die Einführung der Seepräferenzzölle eine ganze Reihe von Einfuhrgütern den polnischen Häfen (fast ausschließlich Gdingen!) zugeleitet hätten. Welche Erfolge hier bereits erzielt worden seien, erhellt aus der beigefügten Tabelle (in der besonders beachtlich die Verschiebung des Verhältnisses zwischen Danzig und Gdingen erscheint!):

Einfuhr	1928		1931		1932		1933 (11 Mon.)	
	(in 1000 to)							
Insgesamt	5 165		2 931		1 787		2 128	
Landgrenze	3 440	67 %	1 976	67 %	1 093	61 %	1 173	55 %
Häfen	1 725	33 %	955	33 %	694	39 %	955	45 %
Danzig	1 610	31 %	448	16 %	345	19 %	321	15 %
Gdingen	115	2 %	507	17 %	349	20 %	634	30 %
	(in Millionen Złoty)							
Insgesamt	3 362		1 468		862		772	
Landgrenze	2 440	73 %	1 099	75 %	550	64 %	383	49 %
Häfen	922	27 %	369	25 %	312	36 %	389	51 %
Danzig	888	26 %	263	18 %	178	21 %	117	15 %
Gdingen	34	1 %	106	7 %	134	15 %	272	36 %

Ausfuhr	1928		1931		1932		1933 (11 Mon.)	
	(in 1000 to)							
Insgesamt	20 424		18 704		13 504		11 686	
Landgrenze	12 083	59 %	6 477	35 %	3 835	28 %	3 055	26 %
Häfen	8 341	41 %	12 227	65 %	9 669	72 %	8 631	74 %
Danzig	6 478	33 %	7 654	41 %	5 122	38 %	4 118	35 %
Gdingen	1 593	8 %	4 573	24 %	4 547	34 %	4 513	39 %
	(in Millionen Złoty)							
Insgesamt	2 508		1 879		1 084		876	
Landgrenze	1 875	75 %	1 123	60 %	574	53 %	397	45 %
Häfen	633	25 %	756	40 %	510	47 %	479	55 %
Danzig	588	23 %	473	25 %	293	27 %	260	29 %
Gdingen	45	2 %	283	15 %	217	20 %	219	26 %

Es folgt eine weitere Tabelle, die den Anteil der einzelnen Länder am polnischen Außenhandel 1923—1933 (in Prozentanteilen der Ein- und Ausfuhr) darstellt. Dazu wird bemerkt:

Entscheidend für die Ausgestaltung der Richtungen des polnischen Außenhandels seien zwei Ereignisse gewesen: 1. der Ausbruch des deutsch-polnischen Zollkrieges von 1925, 2. der Übergang der Tschechoslowakei und Österreichs zum Agrarprotektionismus 1930—1931. Sie hätten das günstige Resultat gezeitigt, daß sich Polens Außenhandel immer stärker differenziert habe. Deutschlands Anteil sei in der Zeit von 1923—1933 bei der Einfuhr von 43,6 % auf 18,4 %, bei der Ausfuhr von 50,6 % auf 16,8 % gesunken, dagegen der Anteil Englands im gleichen Zeitraum bei der Einfuhr von 8,1 % auf 10,1 %, bei der Ausfuhr von 5,8 % auf 20,0 % gestiegen. Der Handel Polens mit den Vereinigten Staaten sei fortdauernd einseitig zu Ungunsten Polens. Die Umsätze mit der Tschechoslowakei und Österreich seien — zumal bei dem Export Polens — in stetigem Rückgang begriffen, und zwar infolge des erwähnten Agrarprotektionismus' dieser Staaten. Dagegen hätten sich die Umsätze mit den Staaten West- und Nordeuropas erheblich gesteigert. Der Warenaustausch mit Sowjetrußland sei trotz der vorhandenen Möglichkeiten unerheblich.

Entsprechend der steigenden Differenzierung des polnischen Außenhandels hätten sich auch die Zielsetzungen der polnischen Handelspolitik geändert. Diese strebe jetzt dahin, mit verschiedenen Staaten zu umfassenden Tarifverträgen anstelle der bisherigen, allgemeingehaltenen Handelsabkommen zu gelangen.

Nach Hinweis darauf, daß die infolge der Weltwirtschaftskrise so erheblich gesunkenen Außenhandelsumsätze Polens ihren Tiefpunkt anscheinend bereits überwunden hätten, schließt der Aufsatz mit einer Reihe von Forderungen zur Reorganisierung und Rationalisierung des polnischen Außenhandelsapparates.

[S. F. Królikowski; in: „Polksa Gospodarcza" 1933, Nr. 52 (30. 12. 1933), S. 1600—1605.]

Polens Handelspolitik im Jahre 1933.

Der in diesen Berichten bereits verschiedentlich (1933, Nr. 1, S. 3*, Nr. 4, S. 16*) genannte Verfasser führt in der Wochenschrift der polnischen Wirtschaftsministerien über die von ihm maßgeblich mitbestimmte Handelspolitik Polens im vergangenen Jahre aus:

Ihre Aufgabe sei eine doppelte gewesen, erstens im Rahmen der gesamten Wirtschaftspolitik die Wirkungen der Krise abzuwehren, zweitens unabhängig von der Wirtschaftskonjunktur die Vertragslage Polens dem neuen Zolltarif anzupassen. Im Einzelfall sei also genau zu prüfen gewesen, wem der Vorrang gebühre, den jeweiligen Bedürfnissen des Außenhandels in der Zeit der Krise oder den Strukturvoraussetzungen für den Zollschutz des Binnenmarktes. Begreiflicherweise hatten sich diese Aufgaben, abgesehen von der Behinderung durch internationale Vereinbarungen u. a., nicht in einem Jahre lösen lassen.

Konjunkturell sei es Aufgabe der Handelspolitik gewesen: die aktive Handelsbilanz zu erhalten. Untersuche man ihre Entwicklung, so zeige sich, daß die Aktivität erst 1930 erreicht worden sei; gegenüber dem Passivsaldo von 297 Millionen Zloty im Jahre 1929 sei 1930 durch den Rückgang der Einfuhr um 27,2 % (Ausfuhr nur 13,5 %) ein Aktivsaldo von 187 Millionen Zloty erzielt worden. Im folgenden Jahre sei die Einfuhr weiter um 34,7 %, die Ausfuhr um 22,9 % gesunken, so daß der Aktivsaldo auf 410 Millionen Zloty gesteigert worden sei. Infolge der nun einsetzenden Gegenmaßnahmen des Auslandes sei aber 1932 die Ausfuhr stärker gesunken als die Einfuhr (42,3 % gegenüber 41,3 %), so daß der Aktivsaldo gegenüber 1931 um fast die Hälfte auf 221,8 Millionen Zloty zurückgegangen sei. Es habe sich somit für 1933 die Frage erhoben, ob es gelingen werde, gegenüber dem kaum mehr zu beschränkenden Import genügende Exportüberschüsse herauszuwirtschaften. (Aktivsaldo 1933 132,6 Millionen Zloty. — Red.)

Eine „normale" Handelspolitik hätte das Hauptaugenmerk den Märkten zulenken müssen, die bisher den größten Teil des polnischen Außenhandels übernommen hätten, d. h. Deutschland, England, Österreich und der Tschechoslowakei. Die Schwierigkeit für Polen aber habe darin bestanden, daß sein Kampf um Erhaltung des Aktivsaldos mit dem Prozeß der Umstellung des polnischen Exports von Mitteleuropa auf die entfernteren Märkte zusammengetroffen sei. England habe seine Verhandlungen mit den skandinavischen Staaten begonnen, das politische Verhältnis zu Deutschland habe es unmöglich gemacht, auf dem deutschen Markt irgendwelche Vorteile zu erwarten, die Wirtschaftslage Österreichs und auch der Tschechoslowakei etwaige Bemühungen im voraus zum Mißlingen verurteilt.

„Man mußte . . . damit rechnen, daß sowohl die objektive Situation in Europa und in der ganzen Welt als auch unsere subjektive vertragspolitische Lage uns zwingen, im Kampf um die Aktivität der Handelsbilanz das Hauptaugenmerk darauf zu lenken,

1. den Aktivsaldo mit den Gläubigerstaaten Westeuropas zu verstärken oder dort, wo wir noch einen Passivsaldo besitzen (Italien, Schweiz), einen solchen zu erlangen,

2. den Passivsaldo . . . in den Umsätzen mit den überseeischen Staaten zu beseitigen."

Ein Exkurs betont, daß der Augenblick zur Einführung des neuen Zolltarifs trotz der zunächst geäußerten Bedenken günstig gewählt gewesen sei.

„Die verantwortlichen Faktoren waren, als sie sich zu diesem Schritt entschlossen, der Ansicht (und die Tatsachen bestätigten ihre Richtigkeit), es sei besser, diese Erschütterung jetzt zu erleben, wo das Interesse für den polnischen Markt weit geringer ist als vor vier Jahren, was weiter die Reaktion des Auslandes auf unsern neuen Zolltarif mindert . . ."

Nach kurzem Verweis auf die Besserung des polnischen Handels mit den überseeischen Ländern berührt Verfasser die Verhandlungen mit den Staaten des „Goldblocks", von denen die Verhandlungen mit Belgien und Holland abgeschlossen, mit Frankreich und der Schweiz im Gange seien; die Verhandlungen mit Italien seien für längere Zeit unterbrochen. Allgemein habe Polens neuer Zolltarif den Kontrahenten die Einfuhr nach Polen erschwert, im einzelnen sei das Verhandlungsziel verschieden gewesen.

Bei Holland und Belgien habe es sich darum gehandelt, den alten Zustand (Aktivsaldo Polens) zu bewahren; der Abschluß der Verträge beweise die Erfüllung dieser Aufgabe. Anders die Verhandlungen mit Frankreich und der Schweiz, denen gegenüber Polens Handelsbilanz passiv sei. Frankreich habe seine alten Zollbindungen bewahren wollen, kein Wunder also, daß die Verhandlungen noch nicht beendet seien (nach neueren Meldungen sei der Vertragsabschluß im Februar zu erwarten. — Red.). Die Verhandlungen mit der Schweiz seien besonders schwierig, weil diese mit Rücksicht auf ihre seit langem passive Handelsbilanz ihren vertraglich nicht gesicherten Aktivsaldo gegenüber Polen bewahren wolle.

Die Verhandlungen mit Italien müßten schleunigst wieder aufgenommen werden, da sich die Bilanz neuerdings zu Ungunsten Polens verschlechtert habe. Nachdem 1932 vorübergehend ein Aktivsaldo erreicht worden sei, sei Polens Ausfuhr nach Italien so stark gesunken, daß in den 10 Monaten des Jahres 1933 der Passivsaldo des Vorjahres bereits erreicht worden sei.

„So ist also . . . das Postulat der Aktivisierung unserer Handelsbilanz mit den Gläubigerstaaten Westeuropas bisher noch nicht erfüllt worden. Im Jahre 1932 schloß unser Umsatz mit den fünf Staaten für uns mit einem Aktivsaldo von rund 37,5 Millionen Zloty, wovon allerdings noch die in unserer Außenhandelsstatistik nicht berücksichtigten Regierungsbestellungen in Frankreich abzuziehen sind. Für die 10 Monate des vergangenen Jahres ist unsere Bilanz mit diesen fünf Staaten fast ausgeglichen (Ausfuhr 159,1 Millionen, Einfuhr 156,2 Millionen Zloty). Wir haben also bei denjenigen Gläubigerstaaten, mit denen wir im Vorjahr eine Passivbilanz hatten, nicht nur eine Aktivisierung . . . nicht erzielen können. es hat sich auch — was schlimmer ist — unsere Bilanz mit Frankreich verschlechtert . . . Kurzum, der Komplex der mit unserem Zolltarif verbundenen Fragen hat in gewissem Maße hier die handelspolitische Aktion auf der Konjunktur- und Bilanzbasis erschwert . . ."

Verfasser erwähnt noch die der polnischen Handelspolitik gestellten Sonderfragen, z. B. die Notwendigkeit, den durch England bedrohten Kohlenexport zu erhalten, was durch den im Oktober mit Schweden geschlossenen Vertrag erfolgt sei. Der Vertrag mit Österreich, von dem keine besondere Besserung auf diesem Absatzmarkt zu erwarten sei, sichere Polen die Möglichkeit eines Eingriffs in die Fragen des Donauraumes. Schließlich heißt es:

„Unzweifelhaft die wichtigsten handelspolitischen Ereignisse im vergangenen Jahre jedoch waren die Versuche, in die Beziehungen zu unseren größten Nachbarn — zu der UdSSR und Deutschland — etwas Leben zu bringen. Im ersten Falle bewirkte eine außerwirtschaftliche Konjunktur ein starkes Steigen unserer Ausfuhr nach Osten — so daß die UdSSR gegenwärtig in der Reihe unserer ausländischen Absatzmärkte . . . den dritten Platz einnimmt. Man braucht nicht hinzuzufügen, daß die Pflege dieser Beziehungen im kommenden Jahre zu den Fragen erstrangiger Bedeutung gehören wird, obwohl es der spezifische Charakter der Austauschbeziehungen zu diesem Lande unmöglich macht, es als einen in jeder Hinsicht beständigen und normalen Auslandsmarkt zu behandeln.

In den Beziehungen zu Deutschland stehen wir gegenwärtig erst an der Schwelle. Auch hier üben außerwirtschaftliche Gründe einen so übermächtigen Einfluß auf die Gestaltung der handelspolitischen Beziehungen aus, daß es gegenwärtig unmöglich ist, auch nur die allgemeinste Prognose . . . auszusprechen. Man muß nur darauf hinweisen, daß in den . . . 8½ Jahren des Zollkrieges sich zwischen den beiden Ländern so viele, unerhört genaue Auflösung fordernde Probleme angesammelt haben, daß die Verhandlungen . . . selbstverständlich nicht einfach sein können."

Somit werde das kommende Jahr hinsichtlich des Umfanges und der Bedeutung handelspolitischer Verhandlungen dem ver-

gangenen Jahre schwerlich nachstehen. (Dr. T. Łychowski in „Polska Gospodarcza" 1934, Nr. 1 (6. 1. 1934), S. 6—9.)

Während so in der Regierungspresse anläßlich der Jahreswende recht befriedigt die 1933 geleistete Arbeit registriert wird (vergl. die „Bilanz der Handelsvertragsverhandlungen", „Gazeta Polska" Nr. 6, 6. 1. 1934), betont die oppositionelle Presse die Schwierigkeiten bei den gegenwärtig laufenden Verhandlungen und kommt z. B. — nachdem die Möglichkeit eines umfassenderen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Polen rundweg abgelehnt wird — zu folgendem Ergebnis:

„. . . Noch sind wir weit im Felde. An den wichtigsten Vertrag, nämlich den mit Großbritannien, sind wir überhaupt noch nicht herangegangen. Wir mühen uns mit den Schwierigkeiten ab, die uns Frankreich, die Tschechoslowakei, die Schweiz und Deutschland bereiten. Bei den Verhandlungen haben wir es nicht vermocht, unseren Kontrahenten die Reihenfolge der Verhandlungen aufzuzwingen, wodurch die Gefahr entsteht, daß wir vorzeitig auf die Trümpfe verzichten, die wir für die Auseinandersetzungen mit Großbritannien und die übrigen Staaten benötigen."

[„Kurjer Poznański" Nr. 589, 23. 12. 1933.]

Richtlinien für die polnische Agrarpolitik.

Programmatischen Ausführungen der amtlichen polnischen Wirtschaftszeitschrift über die künftige Agrarpolitik Polens entnehmen wir folgendes:

In den Krisenjahren habe die Regierung auf zwei Wegen versucht, die Rentabilität der Landwirtschaft wiederherzustellen: 1. durch Erhöhung der Agrarpreise, 2. durch Senkung der agrarischen Produktionskosten. Dabei sei es aussichtslos gewesen, nach dem Muster Deutschlands oder der Schweiz ein System von „Festpreisen" einzuführen, denn

„die Kaufkraft der polnischen Stadtbevölkerung ist schwach und sinkt sehr stark, wodurch sehr leicht im Inland unverkäufliche Exportüberschüsse entstehen. Die Menge der verkauften Produkte ist bei uns stets sehr veränderlich, da der Verbrauch von Lebensmitteln auf dem Dorfe im höchsten Grade schwankt. Wir können sogar behaupten, daß die von dem polnischen Dorfe verkaufte Menge von Agrarprodukten weniger von der Höhe der Produktion als von der Höhe des dörflichen Verbrauchs abhängt. Daher würde in Polen die Politik starrer Preise sehr schnell zusammenbrechen . . ."

Gegenüber den Erfahrungen anderer Länder mit den Festpreisen zeige sich die Politik Polens, die Überschüsse mit Hilfe von Exportprämien auszuführen, als die bessere Methode. Zwar habe man dadurch die agrarische Rentabilität nicht wiederherstellen, immerhin aber ein recht hohes Preisniveau sichern können. Dem sei es zu verdanken,

„daß trotz vierjähriger Krise der Produktionsapparat der Landwirtschaft Polens intakt und zu sofortigem Aufschwung bei den ersten Zeichen für eine Beendigung der Krise fähig ist."

Daneben habe sich die Regierung der Politik der „inneren Präferenz" bedient, d. h. versucht, ausländische Rohstoffe durch einheimische Produkte (z. B. bei der Fettwirtschaft) zu ersetzen. Allerdings seien hier die Möglichkeiten recht beschränkt.

Die Erfahrungen hätten gezeigt, daß die Bemühungen zur Steigerung der Agrarpreise durch eine Aktion zur Senkung der Produktionskosten ergänzt werden müßten, um die volkswirtschaftlich unerwünschte Produktionskostensenkung durch eventuellen Übergang zu extensiver Wirtschaft zu vermeiden. Diese Aufgabe: „Wiederherstellung der Rentabilität bei gebührend hoher Intensivität der Wirtschaft" sei aber durch die bisherigen Maßnahmen — wie Preissenkung einiger Industrieprodukte, Lohnsenkung, Reduktion der öffentlichen Lasten und Tarife, vor allem Reduktion des Schuldendienstes (um ca. 40 %) — bisher noch nicht vollständig gelöst worden. Das wäre der Fall gewesen, wenn die Agrarpreise auf 50—60 % der Preise vor der Krise hätten gehalten werden können. So aber habe der Sturz der Weltgetreidepreise und die Schließung der Absatzmärkte bewirkt, daß die Hoffnungen unerfüllt geblieben seien.

„Trotz steigender Haushaltsschwierigkeiten gelang es, noch einmal der Landwirtschaft ein Preisniveau zu sichern, das weit höher ist als in andern, vielfach reicheren Exportländern, die Rentabilität aber konnte bisher nicht gesichert werden."

Polens agrarische Preispolitik werde künftig weitgehende Änderungen erfahren.

„Die bisherige Politik beruhte auf der Voraussetzung, daß jederzeit die am Markt erscheinenden Überschüsse durch Ausfuhr beseitigt werden können . . ., damit sie nicht destruktiven Einfluß auf die Inlandspreise üben. Zu diesem Zweck trieb man seit vier Jahren die Politik der Exportprämiierung und -organisation . . . Sie besaß solange Existenzberechtigung, als die Ausfuhr der Agrarprodukte noch in erheblichem Grade frei war. Im vergangenen Jahre aber erlebten wir, wie die Einfuhr von Agrarprodukten fast überall kontingentiert wurde, wodurch die Exportmöglichkeiten immer weniger von uns und den Opfern, die Staat und Gesellschaft . . . tragen, abhängen, vielmehr immer stärker von den erlangten Exportkontingenten. Nach dem Zerfall der Londoner Konferenz nahm diese Entwicklung schwindelerregendes Tempo an, und heute stehen wir vor der Tatsache, daß bei der Mehrzahl unserer agrarischen Exportgüter die Exportmöglichkeit auf den wichtigsten Märkten von der Erlaubnis des Einfuhrstaates abhängt . . ."

In den ersten Jahren der Unabhängigkeit Polens sei der Agrarexport in den Handelsverträgen unzulänglich gesichert worden. Erst nach seiner immer stärkeren Behinderung habe die Regierung — bei Einführung des neuen Zolltarifs — die Einräumung von Erleichterungen für die Einfuhr industrieller Fabrikate von entsprechender Behandlung des polnischen Exports, vor allem von Agrarprodukten, abhängig gemacht.

Die Ergebnisse der gegenwärtigen Vertragsverhandlungen seien noch ganz unübersehbar, doch könne man nach den bisher geschlossenen Verträgen (mit Österreich, Holland, Belgien usw.) schon annehmen, daß der polnische Agrarexport kräftigere Grundlagen erlangen werde. Schwerlich aber würden die Kontingente der Produktionsfähigkeit der polnischen Landwirtschaft entsprechen.

„Daraus folgt, daß während bisher — von einigen Viehzuchtprodukten abgesehen — der Umfang unserer Ausfuhr vornehmlich von den Überschüssen abhing, die beständig, obwohl zu schlechten Preisen, vom Binnenmarkt entfernt wurden, die Lage heute grundlegend verändert ist. Der am Markt auftretende Überschuß, für den wir kein Exportkontingent besitzen, wird zwangsläufig im Inland bleiben und . . . auf den Preis drücken. Diese Tatsache stellt die polnische Agrarpolitik vor bisher unbekannte Aufgaben."

Es werde darauf ankommen, überhaupt das Auftreten solcher Überschüsse zu vermeiden — durch eine Kreditpolitik, die verhindert, daß der Landwirt aus Mangel an Betriebskapital die Ernte vorzeitig auf den Markt bringt. Ferner müsse die Interventionspolitik der Regierung nicht — wie bisher — nur das Getreide, sondern auch die Viehzuchtprodukte erfassen. An erste Stelle aber trete die Notwendigkeit, die Absatzorganisation dem Kontingentsystem anzupassen.

„Es gab Zeiten, wo im Kampf um die volle Ausnutzung der Produktionsfähigkeit ein starker Bundesgenosse der polnischen Landwirtschaft der anonyme Kaufmann war, der durch seine Klugheit und Ausdauer der Landwirtschaft neue Exportmöglichkeiten eroberte. Wir sind weit entfernt davon, die Bedeutung dieses Faktors für unsere Landwirtschaft zu unterschätzen . . . Heute aber sind die Bedingungen grundsätzlich verändert. Ausfuhrkontingente erobert jetzt nicht die Klugheit Einzelner, sondern die Regierung in harter Verhandlungsarbeit: die Erfüllung dieser Kontingente jedoch ist keine besondere Kaufmannskunst. Heute muß man also den Absatzapparat vom Gesichtspunkt seines sozialen Nutzens betrachten, das Maß dieses Nutzens aber wird sein, ob der bestehende Handelsapparat die Gewähr bietet, daß die Exportmöglichkeiten bei geringsten Kosten ausgenutzt werden . . . Man kann ohne weiteres voraussehen, daß bei den veränderten Bedingungen die kollektive Organisationstätigkeit Klugheit, Talent und Unternehmungslust des Einzelnen wird er-

setzen müssen*). Trotz aller Unterschiede, die zwischen der Lage Englands, Deutschlands, Frankreichs oder der Schweiz einerseits, der Polens andererseits bestehen, sind wir überzeugt, daß die neuerdings dort begonnenen oder durchgeführten Arbeiten zur Reform der Absatzorganisation der Agrarprodukte auch bei uns einen wichtigen Teil der Agrarpolitik im Jahre 1934 darstellen werden. Diese Aufgabe wird umso schwieriger sein, als die betreffenden Arbeiten im Auslande auf Erfahrung und Traditionen manchmal von Jahrzehnten stützen, während auf polnischem Gebiet die ersten Bemühungen meist erst nach dem Kriege, dazu oft in wenig glücklicher und . . . der polnischen Wirklichkeit nicht angepaßten Form unternommen wurden."

Der Aufsatz schließt mit der Feststellung, daß „das Jahr 1934 ein ausnahmsweise wichtiges Jahr in der Geschichte unserer Landwirtschaft sein wird. Das grundsätzliche Ziel der Agrarpolitik, d. h. die Sicherung ihrer Rentabilität . . . durch Festlegung eines angemessenen Preisniveaus der Agrarprodukte und weitere Senkung der Produktionskosten, bleibt zwar unverändert, aber die Mittel, derer wir uns seit Jahren zur Erreichung dieses Zieles bedient haben, werden weitgehende Revision erfahren müssen . . ."

[A. Rose; in: „Polska Gospodarcza" 1934, Nr. 1 (6. 1. 1934). S. 3—6.]

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Über den Fortgang der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, die begreiflicherweise in der Öffentlichkeit Polens stärkstes Interesse finden, ist in letzter Zeit kaum etwas berichtet worden. Die polnische Presse meldet lediglich die Tatsache der jeweiligen Verlängerung des Handelsprovisoriums. Aus der regelmäßigen Verlängerung dieses Provisoriums ergibt sich die Folgerung, daß sehr intensiv an der Herbeiführung einer deutsch-polnischen Wirtschaftsannäherung gearbeitet wird; der Abschluß der Verhandlungen scheint so bald nicht zu erwarten, wenn nach acht Jahren des Zollkrieges die Kampfmaßnahmen beseitigt, ein für beide Teile annehmbarer Warenaustausch ermöglicht werden soll. Das weiß auch die „Gazeta Handlowa"; umso überraschender also, wenn diese weitverbreitete Wirtschaftszeitung wieder einmal die alte — durch die Entwicklung längst überholte — Forderung aufstellt: Es sei

„aus Prestigegründen notwendig, daß das Deutsche Reich durch Ratifizierung des früheren Vertrages Polen Genugtuung leistet. Natürlich würde dieser Vertrag als nicht aktuell nicht in Kraft treten; er würde die Grundlage abgeben für ein Handelsabkommen, das ein Zusatzabkommen zu diesem Vertrag sein könnte, und dessen Bestimmungen beginnen würden, faktisch verbindlich zu sein. Die gegenwärtigen Verhandlungen, deren Ziel eben die Liquidation des Zollkrieges ist, sollen gerade zu dem Abschluß eines solchen Abkommens führen. Polens Wirtschaftskreise, die an dem Verlauf dieser Verhandlungen sehr interessiert sind, äußern dazu eine gewisse Beunruhigung, bezüglich derer erst die Zukunft zeigen wird wie weit sie berechtigt sind. Es geht hier nicht allein um die Einfuhr deutscher Waren nach Polen, sondern auch um . . . unsere Ausfuhr nach Deutschland. Ist es doch bisher unbekannt, in welchem Grade wir . . . unsere Ausfuhr nach Deutschland aus der Zeit vor dem Zollkriege erhalten können. Da die Verhandlungen mit Deutschland sich höchstwahrscheinlich noch hinziehen werden, wird das bisherige Provisorium . . . voraussichtlich über den 15. Januar hinaus verlängert werden . . ."

[„Codzienna Gazeta Handlowa" Nr. 4, 5. 1. 1934.]

Die Wirtschaftsnöte des polnischen Dorfes

werden in einem Artikel der unabhängigen Warschauer Montags-Zeitung „Depesza" behandelt. Der Verfasser berichtet über ein Gespräch, das er mit einem in der Selbstverwaltung des westlichen Kleinpolens an hervorragender Stelle stehenden Wirtschaftsführer gehabt hat. Nachdem dieser auf die üblichen Klagen des Bauern, daß „dieses Jahr beträchtlich schlechter" sei als das vergangene Jahr, hingewiesen hatte, betonte er aber mit allem Nachdruck,

„daß wir uns überhaupt nicht an solche für den Bauern katastrophale Zeiten, wie sie gegenwärtig sind, erinnern können. Ruhige und vollständig genaue Ziffern werden das erklären. Der Morgen Ackerland kostet heute durchschnittlich 800 Zloty."

Die Kosten für die Bearbeitung, Aussaat und Ernte von Roggen auf diesem Morgen mittleren Bodens errechnet er dann auf 130 Zloty, denen als Erlös für den Verkauf des Roggens 126 Zloty, d. h. 4 Zloty weniger, gegenüberstehen. Dazu müßten noch die Steuern mit 15 Zloty pro Morgen und die Unterhaltungskosten für die Wirtschaftsgebäude usw. gerechnet werden, „um den gewaltigen Fehlbetrag bei jedem bestellten Morgen unseres Landes" festzustellen. Der Gewährsmann führte dann weiter aus:

„Die Not des Dorfes nimmt geradezu beispiellose Gestalt an. Ich will nicht davon erzählen, daß kleinere Wirtinnen zu etwas wohlhabenderen kommen, um an ihrem Feuer Kienspäne zu entzünden, die sie zum Feueranmachen brauchen, aber ich muß sagen, daß das Wasser, in welchem in dem wohlhabenderen Hause Kartoffeln gekocht werden, noch einmal in zwei oder drei anderen Hütten benutzt wird. Auf diese Weise können sie die Spur von Salz benutzen, die sich in diesem Wasser noch befindet. Und dieses Salz ist schon das letzte Fett für das Essen des Bauern. Ebenso ist es auch mit dem Seifenwasser nach der Wäsche. Man gießt es heute nicht aus, Gott behüte, sondern gibt es der Nachbarin und diese der nächsten, bis es dann oft nach viermaligem Waschen, schwarz wie die Erde im Herbst, zu der tüchtigen Wirtin zurückkehrt. Unser Dorf sieht in der Dunkelheit jetzt wie ausgestorben aus. Ich zählte kürzlich in einem bekannten Dorf abends die Zahl der erleuchteten Fenster in den Bauernhäusern. Es zeigte sich, daß bei 79 Häusern um 7 Uhr abends 15 Fenster erleuchtet waren. Davon, daß die Kinder weder Kleidung noch Schuhe haben, wissen Sie aus Erzählungen und Beschreibungen, aber Sie wissen nicht, in welchem Umfange die Kinder sterben, denn die Eltern können sich weder einen Arzt aus der Stadt, noch Arzneien leisten, und noch nicht einmal die „weise Frau", welche die Krankheiten besprechen könnte.

Arbeit gibt es heute auf dem Dorf und den kleineren benachbarten Städten keine. Die Bauern, welche Pferde haben, fahren mit ihnen oft in ganz entfernte Gegenden, um nur soviel zu verdienen, um sich und die Tiere am Leben zu erhalten. Und so sah ich gestern, hier in Warschau, bei einem der Militärbauten in Mokotow, Bauernwagen aus Brześc am Bug, welche hierher nach Arbeit gekommen waren. Das Dorf verwildert. Fensterscheiben fehlen in den Häusern; Bretter treten an ihre Stelle. Der Verbrauch von Eisen und Leder, dieser am meisten von den Bauern begehrten Artikel, ist in katastrophaler Weise zurückgegangen . . . Die Wege bieten das Bild der sprichwörtlichen polnischen "Not und Verzweiflung"."

Hier konnte der Berichterstatter nur die Ausführungen des ehemaligen Vizeministers Jaroszyński bestätigen, die dieser auf dem vor kurzem in Warschau abgehaltenen „Wege-Kongreß" gemacht hatte, nämlich, daß hinsichtlich der Wege in Polen „schon in allernächster Zukunft mit einem fast vollständigen Ruin der bisherigen Errungenschaft" zu rechnen sein müsse.

[„Depesza" Nr. 3, 15. 1. 1934, S. 5.]

*) Gegen diese Pläne zu weiterer Zentralisierung und Etatisierung der polnischen Agrarausfuhr — auf die demnächst eingegangen werden soll — wandte sich kürzlich u. a. der Vorsitzende des Posener Getreidehändlerverbandes, der im Gegensatz zu der bisherigen Privilegierung der „Staatlichen Getreide-Industriewerke" (P.Z.P.Z.) gleiche Chancen für den in seiner Existenz bedrohten Privathandel forderte. („Codzienna Gazeta Handlowa" Nr. 1, 1./2. 1. 1934.)

Herausgeber: Prof. Dr. Recke, Danzig. Schriftleiter: Diplomvolkswirt Rudolf Neumann, Danzig.

Druck von Ottomar Steinbach, Danzig.